

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3/1984 – September

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Haupttriebkraft der kapitalistischen Weltkonjunktur stellte auch in den letzten Monaten die Expansion der Wirtschaftstätigkeit in den USA dar. Der rasche, vor allem durch den privaten Verbrauch, den Wohnungsbau und teilweise auch durch Ausrüstungsinvestitionen getragene Konjunkturaufschwung in den USA strahlt auf den Welthandel und z. T. auch auf die anderen großen Industrieländer aus. Die industrielle Produktion dort lag im zweiten Quartal 1984 um mehr als 20 Prozent über dem Produktionstiefstand der Krise im letzten Quartal 1982. Das konjunkturelle Ungleichgewicht in der kapitalistischen Weltwirtschaft schlägt sich in einem riesigen und noch wachsenden Handelsbilanzdefizit der USA nieder. Vor allem die ebenfalls recht kräftige Expansion in Japan ist den rasch wachsenden US-Importen aus Japan zu verdanken. Allerdings deuten immer mehr Anzeichen darauf hin, daß die Konjunktur in den USA erlahmt.

Im Unterschied zur Entwicklung in Nordamerika und Japan haben die westeuropäischen Länder große Schwierigkeiten, konjunkturell Tritt zu fassen. Im Frühjahr und im Sommer 1984 ist es in Großbritannien und in Frankreich erneut zu Stagnationserscheinungen bzw. zu Rückschlägen gekommen, ähnlich wie in der Bundesrepublik. In Westeuropa wird es immer wahrscheinlicher, daß der Höchststand der Industrieproduktion vor Ausbruch der letzten zyklischen Krise im laufenden Zyklus nicht oder nur knapp wieder erreicht werden wird.

Das wichtigste sozialökonomische Ereignis in der Bundesrepublik war im Berichtszeitraum der Arbeitskampf um die Wochenarbeitszeitverkürzung in der Druck- und Metallindustrie, der erst im Juli mit Kompromissen beendet werden konnte. Vielfach wurden und werden die Arbeitskämpfe – und dabei die Gewerkschaften – für den konjunkturellen Rückschlag im Frühjahr und im Sommer verantwortlich gemacht. Wie die offiziellen Statistiken über Industrieproduktion, Aufträge und Arbeitsmarkt zeigen, trat der Rückschlag aber bereits im März ein, also vor Beginn der Auseinandersetzungen. Tatsächlich

haben die Arbeitskämpfe die statistischen Ergebnisse für Mai und Juni erheblich beeinflusst, vor allem in der hauptbetroffenen Automobilindustrie ist die Juniproduktion weitgehend ausgefallen. Diese Produktionsausfälle erschweren eine Bewertung der konjunkturellen Tendenzen auch in den nächsten Monaten – sie dürften dann nachgeholt werden und so die Statistiken nach oben treiben.

Abgesehen von diesen vorübergehenden statistischen Verzerrungen aber bleiben die konjunkturellen Perspektiven gedämpft. Die amtlichen Prognosen für das Wirtschaftswachstum 1984 mußten von einer erhofften Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts (BSP) zwischen drei und dreieinhalb Prozent inzwischen auf zweieinhalb Prozent zurückgenommen werden – wobei anzumerken ist, daß die Auswirkungen der Arbeitskämpfe im Jahre 1984 bei 0,1 Prozent des BSP liegen dürften, also vernachlässigt werden können. Entscheidend bleibt, daß der private Verbrauch nicht im erhofften Ausmaß expandierte – die Einzelhandelsumsätze im ersten Halbjahr 1984 lagen nur geringfügig über den Vorjahresergebnissen. Zwar sind die realen Löhne und Gehälter je Beschäftigten nicht weiter gesunken, dafür aber ist die Kaufkraft der Sozialeinkommen rückläufig.

Auch von den Investitionen gehen nicht so starke Impulse aus, daß es zu dem langerwarteten „selbsttragenden“ Aufschwung kommen kann. Zwar wird zur Zeit relativ viel gebaut, die Aufträge in der Bauwirtschaft aber sind bereits über längere Zeit hinweg wieder rückläufig. Die Ausrüstungsinvestitionen nehmen zu, konzentrieren sich aber weiterhin auf Rationalisierungsprojekte. Zur Jahresmitte wird aus dem Handel und aus zahlreichen konsumnahen Branchen eine Zunahme des Lagerdrucks gemeldet. Bei einem großen Teil der Unternehmen werden die Fertigwarenlager als zu groß bewertet, entsprechend wird die Produktion und die Bestellung von Vorprodukten reduziert. Lediglich im Export werden noch kräftige Zuwachsraten gemeldet. Sieht man von dem arbeitskampfbeeinflussten Monat Juni

ab, so nehmen die Ausfuhren in raschem Tempo zu. Dabei expandieren die Ausfuhren nach Nordamerika besonders stark, eine Folge der günstigen US-Konjunktur und des hohen Dollarwechsellurses.

Die schon im vergangenen Jahr von der Bundesregierung kolportierten Meldungen über eine Stabilisierung, ja eine Besserung am Arbeitsmarkt haben sich als völlig unbegründet herausgestellt. Die Beschäftigung ist – in saisonbereinigter Betrachtung – auch in der konjunkturellen Belebungsphase bis zuletzt zurückgegangen. Die registrierten Arbeitslosenzahlen steigen weiter an, gleichzeitig wird die „stille Reserve“ nichtregistrierter Arbeitsloser von den Instituten auf annähernd 1,3 Millionen geschätzt. Demnach sind derzeit etwa dreieinhalb Millionen Menschen ohne Arbeit, etwa zwölftehalb Prozent der Erwerbspersonen des Landes.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

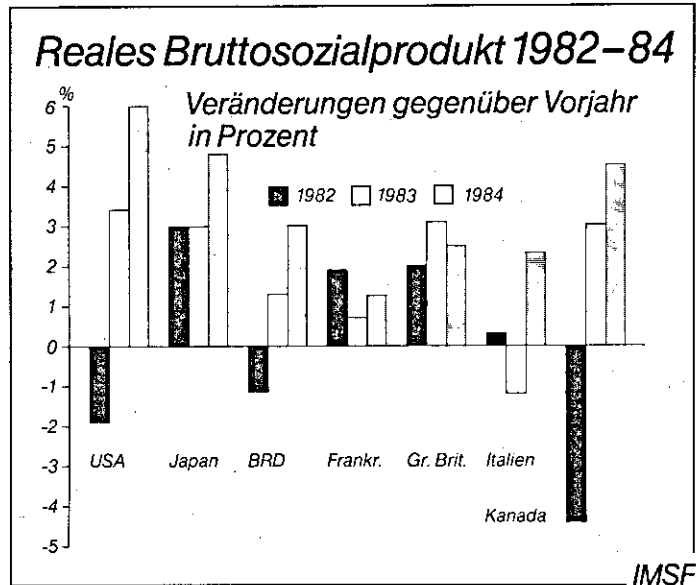
- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Geldvermögen und Zinseinkommen
- 2.3 Steuerpflichtige Vermögen

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Verfügbare Einkommen
- 3.3 Preise
- 3.4 Arbeitskampf 1984
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

In diesem Jahr kommt es in fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern zu einer Verbesserung der Wirtschaftslage, insbesondere was Produktion und Preise anbelangt, während die Arbeitslosigkeit weiterhin erschreckende Ausmaße und in einigen Ländern sogar eine Aufwärtstendenz zeigt.



Wie aus der Abbildung hervorgeht, schreitet der Wirtschaftsaufschwung nur in Nordamerika und Japan kräftig voran. Für den OECD-Raum insgesamt wird das Bruttosozialprodukt 1984 real voraussichtlich um 4,3 Prozent steigen, gegenüber einer Zunahme von 2,4 im Jahre 1983 und einem Rückgang von 0,5 im Jahr davor. Die Wiederbelebung im Zeitraum 1983–84 ist in den USA und Großbritannien vorwiegend vom Privatverbrauch getragen, während sie in Japan, BRD und Kanada auf den Export zurückzuführen ist. Die Investitionsnachfrage verläuft nur in den USA und in der BRD einigermaßen befriedigend.

Die Wirtschaftslage der entwickelten kapitalistischen Länder ist nach wie vor labil: Für 1985 prognostiziert die OECD eine deutliche Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit, in erster Linie in den USA, aber auch in Japan und Kanada, so daß für den gesamten OECD-Raum mit einer Zunahme des BSP um 2,7 Prozent zu rechnen sei. Die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt dürften in dem Zeitraum 1981–85 eine erneute Abschwächung der Zuwachsrates des realen BSP erleben: 2,3 Prozent im Jahresdurchschnitt gegenüber 3,4 Prozent im vorangegangenen Jahrzehnt. Selbst die heute so vielgepriesene Kraft der Wirtschaftsexpansion der USA zeigt bei einem längerfristigen Vergleich ihre Grenzen: Die jährliche Zunahme des BSP um 2,5 Prozent ist deutlich niedriger als die Wachstumsrate von 3,4 Prozent in den Jahren 1976–80.

Veränderung der Industrieproduktion 1982–1984 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1982	1983 ¹		1984 ¹		
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. ²
USA	– 8,1	6,5	9,8	15,0	15,4	13,0
Japan	1,1	3,6	4,4	8,6	10,9	12,0
BRD	– 2,3	0,7	2,1	6,5	6,4	1,5
Frankreich	– 1,9	1,0	2,1	1,0	0,5	1,0
Großbritannien	0,6	2,9	3,0	4,9	3,5	2,0
Italien	– 2,6	– 4,9	– 3,0	– 1,0	3,1	3,0
Kanada	– 10,7	6,0	9,6	16,6	11,9	10,0

1 Saisonbereinigte Angaben
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Industrieproduktion, die 1983 in allen sieben Ländern außer Italien eine merkliche Verbesserung registriert hat, weist im 2. Vierteljahr 1984 Abschwächungssymptome auf. In der BRD ist der saisonbereinigte Index der Industrieproduktion, der im Februar erstmals seit vier Jahren über 100 lag, im März–April um 3,5 Prozent-

punkte zurückgegangen. In Großbritannien liegt der Index im Juni 1984 deutlich unter dem Niveau des Juni 1979, als die Regierung Thatcher ihre malthusianische Wirtschaftspolitik in Angriff genommen hat.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern insgesamt ist die Verlangsamung der Inflation zum Stillstand gekommen; die 1984 angeordnete Entwicklung dürfte sich 1985 fortsetzen: Der Anstieg der Lebenshaltungskosten wird sich in den Ländern mit niedriger Inflationsrate (insbesondere in den USA) voraussichtlich beschleunigen, während er sich in den Ländern mit hoher Inflationsrate wie Frankreich und Italien weiter verlangsamen wird. Dämpfend auf die Verbraucherpreise wirkten in den letzten Jahren die Weltmarktpreise für Primärprodukte: Zwischen 1981 und 1984 sind die Preise für Nahrungsmittel, Industrieharstoffe und Erdöl insgesamt um 11 Prozent zurückgegangen.

Veränderungen der Lebenshaltungskosten 1982–1984 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1982	1983		1984		
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. ¹
USA	6,1	3,2	2,6	3,3	4,5	4,5
Japan	2,7	2,1	1,5	1,7	2,4	2,5
BRD	5,3	3,3	3,2	2,6	2,9	2,6
Frankreich	12,0	9,6	9,8	9,8	8,8	8,0
Großbritannien	8,5	4,7	4,4	4,4	4,6	4,6
Italien	16,3	15,0	14,3	13,0	12,2	11,0
Kanada	10,8	5,9	5,4	4,5	5,1	5,0

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Arbeitslosigkeit bleibt nach wie vor das Problem Nummer eins der kapitalistischen Weltwirtschaft. Trotz des Wiederaufschwungs verharrt die Arbeitslosenzahl in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf dem Niveau von über 30 Millionen, was einer Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent entspricht. Wie aus der Tabelle hervorgeht, hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt 1983–84 gegenüber dem Rezessionsjahr 1982 nur in den USA verbessert. Besonders gravierend ist heute in einigen Ländern die Jugendarbeitslosigkeit: Ein Drittel der Jugendlichen ist in Italien ohne Arbeit, ein Viertel in Frankreich und Großbritannien.

Arbeitslosigkeit 1982–1984 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

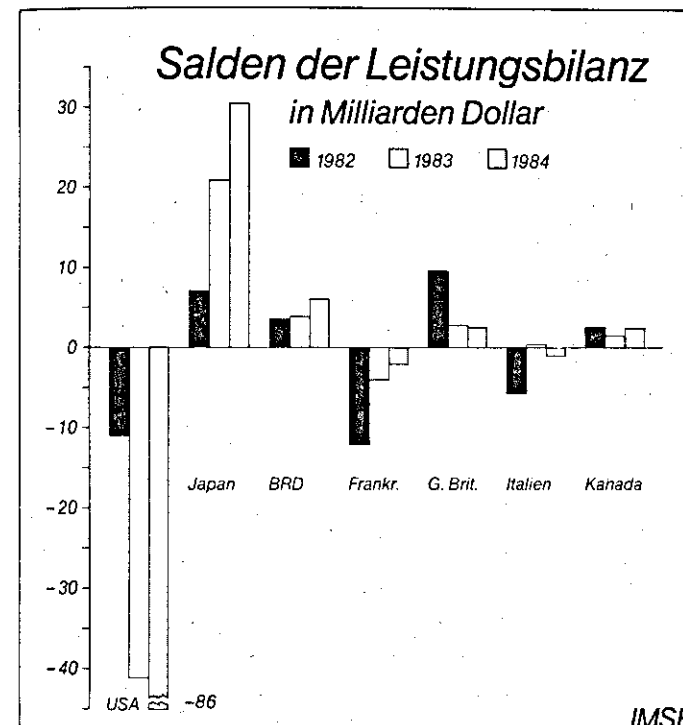
	1982	1983 ¹		1984 ¹		
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. ²
USA	10678	10717	10529	9507	8866	8500
Japan	2800	3100	3200	3100	3200	3100
BRD	1833	2258	2315	2247	2226	2280
Frankreich	2008	2041	2034	2084	2191	2300
Großbritannien	2793	2970	2950	2942	2998	3030
Italien	2068	2278	2117	2343	2350	2400
Kanada	1310	1448	1421	1363	1389	1450
zusammen	23490	24812	24566	23586	23220	23050

1 Saisonbereinigte Angaben
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die bürgerlichen Nationalökonomien verweisen gern auf die positive Entwicklung der Beschäftigten in den USA gegenüber Westeuropa. In der Tat ist die Zahl der Beschäftigten in den Jahren 1981–84 in den USA um 4 Millionen gestiegen, während sie in Westeuropa um 4,5 Millionen zurückgegangen ist. Nach Meinung der Apologeten des Kapitalismus beruht die Zunahme der Beschäftigten in den USA auf der Stagnation der Reallöhne. Wie läßt sich dann aber die Tatsache erklären, daß die Arbeitslosenquote in Japan viel niedriger als in den USA bleibt, obwohl die Reallöhne dort in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent gestiegen sind, während sie in den USA um 8 Prozent gesunken sind?

In der kapitalistischen Weltwirtschaft treten erneut große Zahlungsbilanzungleichgewichte auf. Es wird an dieser Stelle weiterhin auf

eine Analyse der Leistungsbilanzsalden zwischen den drei großen Ländergruppen (OECD-Länder, OPEC-Länder und Entwicklungsländer) verzichtet, weil die statistischen Ungereimtheiten so groß sind, daß der Saldo der Weltbilanz, der logischerweise gleich Null sein sollte, seit 1973 immer höher wird und heute etwa 100 Milliarden Dollar ausmacht. Die Korrekturen, die die OECD selbst in einer ihrer Studien unternommen hat, haben den Fehlbetrag der Weltleistungsbilanz zwar um die Hälfte reduziert, aber das bereinigte Defizit ist immer noch zu groß und läßt sich den drei großen Ländergruppen nicht zuweisen. Die OECD schreibt diesbezüglich: „Die verbleibende Diskrepanz im Welthandel ist auf zahlreiche Faktoren zurückzuführen, aber keiner von ihnen ist maßgeblich und keiner kann quantifiziert werden, da es an einer umfassenden Kenntnis der Begriffe und Erstellungsmethoden aller Länder fehlt. Eine Zuweisung der verbleibenden Diskrepanz an die großen Ländergruppen muß die methodologischen Unterschiede von Land zu Land, den Anteil jeder Ländergruppe am Welthandel und die Unterschiede des Umfangs, in welchem die Handelsströme in den nationalen Statistiken erfaßt werden, berücksichtigen“ (OECD, *The World Current Account Discrepancy*, „Occasional Studies“, Juni 1982, S. 54).



Die Entwicklung der Leistungsbilanzsalden der sieben größten kapitalistischen Länder zeigt eine enorme Zunahme des US-Fehlbetrags (von 11 Milliarden Dollar 1982 auf 86 Milliarden 1984), eine starke Ausweitung des Überschusses Japans (von 7 auf 30 Milliarden Dollar), eine Verbesserung bzw. Verschlechterung der Überschüsse der BRD und Großbritannien und einen deutlichen Rückgang der beiden Defizitländer Frankreich und Italien.

In den letzten zwölf Monaten haben die Wechselkursmärkte große Schwankungen verkraften müssen, aber die Position des Dollars hat sich noch verbessert: Innerhalb eines Jahres hat sich der Dollar gegenüber der DM und dem Yen um 10 bzw. 5 Prozent aufgewertet, obwohl die wirtschaftlichen Daten, die diese Entwicklung erklären sollten, nicht gerade zugunsten der USA ausfallen. Die Leistungsbilanz der USA verläuft sehr negativ; die Verbraucherpreise zeigen eine Aufwärtstendenz, so daß sich wieder ein Preisgefälle zugunsten der BRD und Japan bildet. Nur das Zinsgefälle hat sich zugunsten der USA vertieft, auch wenn es gegenüber der BRD niedriger als gegenüber der DM viel ausgeprägter als gegenüber dem Yen ist.

1.2 Produktion

Die Produktionsstatistiken für die letzten Monate sind stark durch den Verlauf der Arbeitskämpfe beeinflusst. Daher lassen sich Aus-

sagen über Tendenzveränderungen daraus nicht ableiten. Insgesamt kann allerdings festgestellt werden, daß die im letzten Vierteljahresbericht registrierten Stagnationserscheinungen offensichtlich noch andauern.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1983				1984	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
93,0	95,0	95,3	97,8	98,6	94,0

1 Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Selbst wenn man annimmt, daß der Produktionsrückgang im Juni um achteinhalb Prozent gänzlich streikbedingt war, so würde das Produktionsniveau trotzdem noch unter dem Stand vom ersten Vierteljahr 1984 liegen.

Ähnlich stark wie bei der Produktion war der Rückgang bei den Auftragseingängen der Industrie: Zwischen Mai und Juni sank das Auftragsniveau um neun Prozent (saisonbereinigt), wobei der Einbruch bei den Auslandsaufträgen sogar stärker war (–15 Prozent) als bei den Inlandsaufträgen (–7 Prozent). Doch dürfen solche Monatsergebnisse nicht überinterpretiert werden, Zufallsschwankungen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1983				1984	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
106	104	108	114	117	113

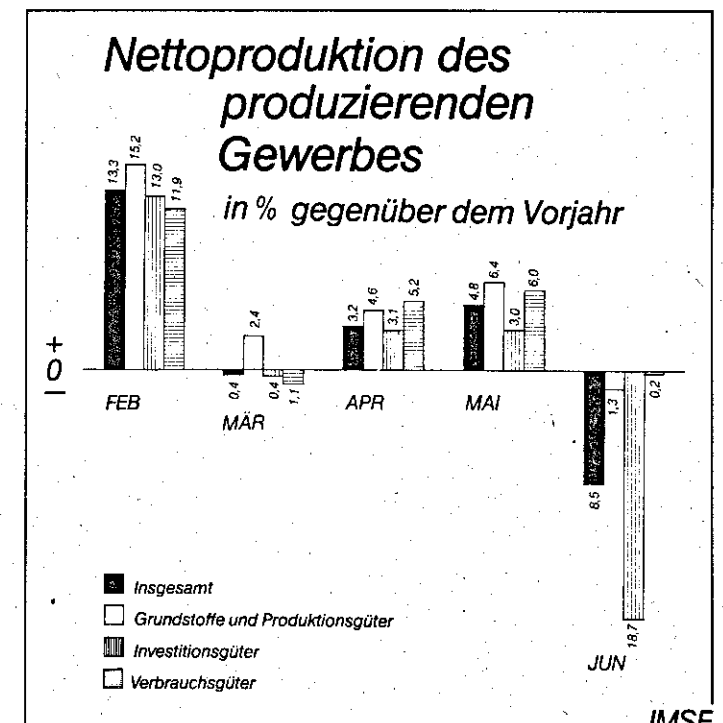
1 Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

In den nächsten Monaten wird es voraussichtlich zu einer deutlichen Steigerung der Produktions- und Auftragsziffern kommen, ein Großteil der arbeitskampfbedingten Ausfälle dürfte bis zum Herbst aufgeholt werden.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Febr.	März	April	Mai	Juni
Insgesamt	+ 13,3	– 0,4	+ 2,1	+ 4,8	– 8,5
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 15,2	+ 2,4	+ 4,3	+ 6,4	– 1,3
Investitionsgüter	+ 13,0	– 0,4	+ 2,1	+ 3,0	– 18,7
Verbrauchsgüter	+ 11,9	– 1,1	+ 0,9	+ 6,0	– 0,2

1 1984 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd., S. 69*)



Auch der Vergleich mit den Vorjahresergebnissen ist zur Zeit wenig aussagekräftig. Immerhin sind die Produktionsziffern dieses Jahres mit Ausnahme des Streikmonats Juni höher als in den jeweils vergleichbaren Vorjahresmonaten.

Gleiches gilt für die industriellen Auftragseingänge, die insgesamt den Vorjahresstand deutlich übertreffen.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Febr.	+21,3	+17,9	+23,5	+19,5	+21,1	+18,1	+18,6	+15,5
März	+8,3	+5,2	+12,0	+8,0	+7,8	+5,2	+4,1	+1,2
April	+12,0	+8,5	+15,8	+11,2	+11,6	+8,9	+7,5	+4,0
Mai ²	+15,8	+12,3	+17,6	+12,6	+17,0	+15,4	+7,7	+4,0
Juni ²	-2,3	-5,3	+3,1	-1,2	-6,0	-8,1	-1,7	-4,9

(1) Zu jeweiligen Preisen (27) Preisbereinigt
1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Seit Mitte 1983 wird die Dynamik der Auftragsentwicklung zu einem großen Teil von den Auslandsaufträgen bestimmt. Dies gilt auch für die letzten Monate – ob der außergewöhnlich starke Rückfall im Juni eine Trendwende darstellt, kann gegenwärtig noch nicht entschieden werden.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeiten des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Inland				
Febr.	+19,7	+21,9	+19,8	+16,8
März	+5,5	+5,5	+7,5	+1,5
April	+7,7	+9,2	+7,7	+5,7
Mai	+11,1	+10,9	+14,3	+5,1
Juni ²	-4,5	-2,9	-5,6	-4,2

	Verarbeiten des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Ausland				
Febr.	+24,4	+26,4	+23,1	+26,1
März	+13,7	+23,8	+8,4	+15,8
April	+20,7	+28,3	+17,6	+15,5
Mai	+25,0	+30,0	+23,4	+19,2
Juni ²	+1,5	+15,0	-6,6	+9,7

1 Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr 2 Vorläufig
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Die statistischen Auswirkungen des Arbeitskampfes, die in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich waren, erschweren zusätzlich einen Vergleich der Branchenentwicklungen.

In der **eisenschaffenden Industrie** hielten sich die Auswirkungen der Arbeitskämpfe – hier sind die indirekten Einflüsse aus der Automobilindustrie zu nennen – offensichtlich in engen Grenzen. Die Stahlproduktion liegt zur Jahresmitte um etwa zehn Prozent über dem Vorjahresstand, eine Entwicklung, die von den Unternehmen vor allem zu Preiserhöhungen genutzt werden soll. Die Stahlproduzenten haben inzwischen eine Neuauflage des Kartells „Eurofer“ beschlossen, das bis Ende 1985 gültig sein soll.

Weiterhin günstig ist die wirtschaftliche Lage der **chemischen Industrie**. Während die drei großen Chemiekonzerne zwischen 1979 und 1983 ihre Belegschaften um zusammen etwa 10 000 Beschäftigte reduzierten, konnten sie ihre Finanzsituation durchgreifend verbessern. Dies kommt in Selbstfinanzierungsquoten der Investitionen zum Ausdruck, die zwischen 215 Prozent (Hoechst AG) und 141 Prozent (Bayer AG) liegen. Bis zur Jahresmitte 1984 wurden Umsätze und Gewinne nochmals kräftig erhöht, die Steigerungsrate liegen zwischen 15 und 20 Prozent.

Im **Maschinenbau**, der von der konjunkturellen Belebung erst spät erreicht worden war, hat sich die Aufwärtsentwicklung fortgesetzt. Im zweiten Vierteljahr 1984 lagen die Auftragseingänge real immerhin um etwa 10 Prozent über dem Vorjahresniveau, wobei die Auslandsaufträge besonders stark expandierten. Trotzdem gelten die Auftragsbestände hier immer noch als zu klein.

Dagegen sieht sich der Investitionsgüterbereich der **Elektroindustrie** ausreichend ausgelastet. Vor allem die Bereiche der Datenverarbeitung expandieren weiterhin außerordentlich kräftig. Anders sieht es dagegen im Konsumgüterbereich aus. Hier hat der Lagerdruck zwischen Februar und Mai 1984 bedeutend zugenommen, 47 Prozent der im Ifo-Test befragten Unternehmen bezeichneten ihre Fertigwarenlager als zu groß, im Investitionsgüterbereich dagegen waren es nur 10 Prozent. Allerdings muß unterstrichen werden, daß die elektrotechnische Industrie überwiegend Investitionsgüter produziert.

In der **Automobilindustrie** lag die Produktion im Monat Juni arbeitskampfbedingt fast vollständig still. Nachdem schon seit Jahresbeginn leichte Abschwächungserscheinungen sichtbar gewesen waren, sank die Kraftfahrzeugproduktion im Mai um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im Juni um 89 Prozent. Dieser Ausfall dürfte aber in den nächsten Monaten im Rahmen von Sonderschichten zum größten Teil wieder aufgeholt werden. Nicht eingetreten ist der von den Firmen während des Arbeitskampfes behauptete Positionsverlust gegenüber dem Ausland: Im Juni wurden sogar etwas weniger ausländische PKW in der Bundesrepublik verkauft als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen

	4. Vj. '83	1. Vj. '84	April	Mai
Produzierendes Gewerbe insges.	+5,6	+5,4	+2,2	+3,2
Eisenschaffende Industrie	+24,2	+9,1	+5,7	+12,3
Chemische Industrie	+13,5	+9,2	+5,5	+6,2
Maschinenbau	+0,2	-2,8	+0,6	+6,4
Straßenfahrzeugbau	+13,2	+13,2	+1,5	-14,4
Elektrotechnik	+7,4	+9,1	+3,9	+8,0
EDV-Geräte	+11,2	+16,1	+30,0	+23,3
Textilgewerbe	+3,7	+6,0	-1,1	+5,4
Bekleidungsgewerbe	+5,5	+3,0	-0,8	+8,5
Bauhauptgewerbe	-0,9	+5,2	-2,8	+0,7

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** setzten ihre langsame Aufwärtsbewegung fort, wobei für die Textilindustrie die Auslandsaufträge bestimmend waren. Die Textilproduktion erhöhte sich im ersten Halbjahr 1984 immerhin um fünf Prozent. Die weiteren Perspektiven sind allerdings weniger günstig, vor allem in der Bekleidungsindustrie hat der Fertigwarenlagerdruck seit dem Jahresbeginn deutlich zugenommen. Laut Ifo-Lagertest bezeichneten im Mai 36 Prozent der befragten Unternehmen ihre Lager als zu groß, gegenüber zehn Prozent im Februar.

In der **Bauwirtschaft** ist die aktuelle Situation noch vergleichsweise günstig, das Niveau der Bauproduktion ist derzeit etwa fünf Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Bis zum Jahresende, d. h. bis zum Ablauf der Fertigstellungsfrist für im Rahmen der Investitionsprämie von 1982 bestellte Bauinvestitionen, dürfte die Bautätigkeit auch noch rege bleiben. Die Entwicklung der Bauaufträge zeigt aber immer deutlicher, daß es dann zu einer neuen Krise in der Bauwirtschaft kommen wird: Vor allem im Wohnungsbau verschlechtert sich die Auftragslage von Monat zu Monat. Eine große Zahl von leerstehenden Wohnungen – die Angaben liegen zwischen einer Million (Hausbesitzerverband) und 250 000 (Gewerkschaft) – drückt auf die Produktion. Dabei versuchen die Hausbesitzer den Eindruck zu erwecken, es handele sich um ein absolutes Überangebot; tatsächlich aber fehlen zahlreiche Wohnungen mit bezahlbaren Mieten; entscheidend ist die Miethöhe.

Die Absatzlage im **Einzelhandel** spiegelt die besonders ungünstige Situation der konsumnahen Industriebereiche wider. Im ersten Halbjahr 1984 haben sich die nominalen Einzelhandelsumsätze zwar noch um 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht, real bedeutete das aber nur noch einen minimalen Zuwachs um 0,3 Prozent. Dabei hat sich die Absatzlage seit dem Jahresbeginn immer weiter verschlechtert. Der vor allem in den konsumnahen Industriebereichen wachsende Fertigwarenlagerdruck geht vom Einzelhandel aus, so daß der Zusammenhang zwischen fehlender Massenkauflkraft und Konjunkturabschwächung eindeutig nachvollziehbar ist. Sinkender Endabsatz veranlaßt die Einzelhandelsunternehmen

zu einer Reduktion der Bestellungen, dies führt zu Produktionseinschränkungen bei den Konsumgüterindustrien, die wiederum ihre Vorproduktbezüge einschränken.

1.3 Investitionen

Die Investitionstätigkeit in der verarbeitenden Industrie hat sich im laufenden Jahr belebt, allerdings weit schwächer als in vorangegangenen Konjunkturbelebungsphasen. Nach den Ergebnissen des Ifo-Investitionstests vom Frühjahr werden die industriellen Anlageinvestitionen 1984 nominal etwa fünf, real etwa zweieinhalb Prozent höher ausfallen als 1983.

Bruttoanlageinvestitionen der Industrie¹

	Mrd. DM	Veränderung in Prozent
1982	52,3	-1
1983	53,1	+1
1984	55,7	+5

1 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, in jeweiligen Preisen
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 19/1984, S. 3)

Der Anteil der Bauinvestitionen hat nochmals leicht abgenommen, 1983 waren nur noch 14 Prozent (gegenüber 21 Prozent 1980) der industriellen Anlageinvestitionen Bauten.

Der Anteil der Erweiterungsinvestitionen hat nur leicht zugenommen, es überwiegen nach wie vor Rationalisierungsinvestitionen.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1981	1982	1983	1984
Kapazitätserweiterung	30	26	25	28
Rationalisierung	43	44	49	47
Ersatzbeschaffung	27	30	26	25

1 Anteile in %, 1984 geplant
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 19/84, S. 9)

Erweiterungen sind vor allem im EDV-Bereich (80 Prozent) und beim Straßenfahrzeugbau (ca. 50 Prozent) geplant, wobei es sich jedoch meist nicht um traditionellen Kapazitätsausbau handelt: Ganz überwiegend geht es um eine Umstrukturierung der Produktionsprogramme, wobei Kapazitätserweiterungen eine Begleitscheinung sind. Das rasche Kapazitätswachstum in der Automobilindustrie steht im Gegensatz zu den Absatzaussichten der Branche: Überkapazitäten dürften das Bild dort in den nächsten Jahren verstärkt prägen.

Auch in der Gesamtwirtschaft expandieren die Investitionen, allerdings ebenfalls nur gedämpft.

Investitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	1983		1984 ²	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Ausrüstungen	+3,4	+7,8	+5	+3
Bauten	-0,2	+1,9	+4	+4
Anlageinvestitionen insgesamt	+1,3	+4,3	+4,5	+3,5

1 In festen Preisen
2 Vorausschätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 7/1984, A 12)

Mit einer Beschleunigung für 1984 wird nur bei den Bauinvestitionen gerechnet, hierfür ist die bereits erwähnte Investitionszulage verantwortlich. 1985 wird sich die Bautätigkeit deutlich abschwächen, ohne daß bei den Ausrüstungsinvestitionen mit einer Belebung gerechnet werden kann.

Hinzu kommt, daß die Lager zur Jahresmitte offensichtlich mehr als gefüllt waren, für die zweite Jahreshälfte ist daher mit einer nachlassenden Nachfrage aus Lagerinvestitionen zu rechnen. Zusammengekommen werden diese Faktoren schon 1985 zu einem deutlichen Nachlassen der konjunkturellen Dynamik führen, so daß für Ende 1985 erste Anzeichen einer neuen zyklischen Krise sichtbar werden könnten.

1.4 Außenwirtschaft

Der Export hat nach wie vor die stärkste konjunkturelle Zugkraft. Diese reicht nicht aus, um einen wirklichen Aufschwung der Binnenkonjunktur auszulösen, verhindert aber immerhin einen vorzeitigen konjunkturellen Rückschlag.

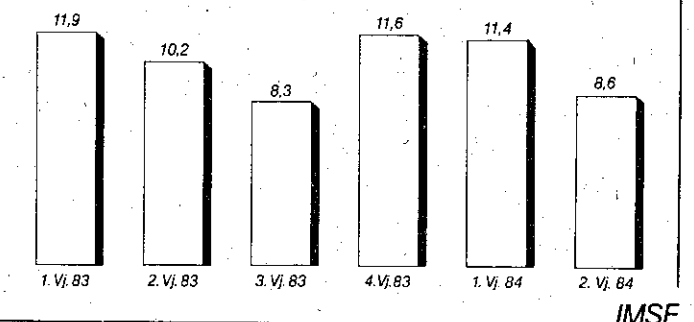
Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 83	105,6	-1,9	93,7	-2,9	+11,9	+7,2
2. Vj. 83	106,0	-2,1	95,9	+0,8	+10,2	-22,7
3. Vj. 83	103,4	+2,0	95,1	+5,9	+8,3	-28,4
4. Vj. 83	117,2	+6,1	105,6	+10,8	+11,6	-23,7
1. Vj. 84	120,1	+13,7	108,7	+16,0	+11,4	-4,2
2. Vj. 84	115,1	+8,6	106,5	+11,1	+8,6	-15,7

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

Außenhandel der BRD

In % gegenüber Vorjahr



IMSF

Wenn auch volumenmäßig nach wie vor die EG der Hauptabsatzmarkt für westdeutsche Produkte ist, so entfällt die gegenwärtige starke Absatzexpansion vor allem auf außereuropäische Industrieländer. Die Zunahme der Exporte um etwa 25 Milliarden DM in den ersten fünf Monaten von 1984 (gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum) entfällt zu fast einem Drittel (7 Mrd. DM) auf Nordamerika.

Die USA allein sind inzwischen das zweitwichtigste Exportland der Bundesrepublik geworden – nach Frankreich. Etwa zehn Prozent der bundesdeutschen Exporte gehen nach Nordamerika.

Warenexporte nach Regionen¹

	Mrd. DM	Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
Insgesamt	199,8	+14,2
EG-Länder	96,3	+11,9
Nordamerika	19,7	+57,1
Japan	2,8	+33,5
Südafrika	2,7	+46,7
OPEC-Länder	12,5	-7,5
Sonstige Entwicklungsländer	16,2	+10,3
Sozialistische Länder	9,0	+0,7

1 Januar bis Mai 1984
(Quelle: BMWI-Monatsbericht 7/1984)

Im Juni sind die Exporte arbeitskampfbedingt um vier Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, während die Importe etwa vier Prozent höher waren. Dadurch wird das Ergebnis für das zweite Vierteljahr 1984 verzerrt, die ausgefallenen Exporte vor allem von PKW werden in den nächsten Monaten leicht wieder aufzuholen sein. Infolgedessen wird sich die Außenhandelsituation der Bundesrepublik in den nächsten Monaten weiter verbessern. Darüber hinaus, also ab Ende 1984/Anfang 1985, ist jedoch eher mit einer Abschwächung der positiven Impulse aus dem Außenhandel zu rechnen.

rechnen. Die Ausfuhr in die USA werden zur Zeit von der dortigen günstigen Konjunktur und vom hohen Dollarkurs begünstigt. Zumindest der eine Faktor, der kräftige Aufschwung in den USA, wird jedoch an Gewicht verlieren, die US-Konjunktur wird sich in den nächsten Monaten verlangsamen. Ein Ausgleich durch eine stärkere Belebung in Westeuropa ist nicht in Sicht. Die Entwicklungsländer leiden unter der hohen Verschuldung, deren Last im Zuge z.T. steigender Zinsen noch an Gewicht gewinnt. Gleichzeitig bleiben die Rohstoffpreise gedrückt, ein Faktor, der die Kaufkraft der „dritten Welt“ ebenfalls ungünstig beeinflusst.

Dies bedeutet aber nicht, daß die Bundesrepublik von der außenwirtschaftlichen Flanke ungünstig beeinflusst werden wird. Während vor und in den Arbeitskämpfen sowohl von Unternehmerseite als auch von regierungsoffiziösen Stellen das Gespenst der bedrohten internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik an die Wand gemalt wurde, bemühen sich inzwischen zahlreiche Institute und wissenschaftliche Einrichtungen, die Haltlosigkeit dieser Propagandameldungen zu beweisen. Offensichtlich befürchtet man, daß die Vielzahl der kolportierten Meldungen über zu hohe Lohnkosten bzw. technologische Rückstände bei den Kunden der westdeutschen Unternehmen im Ausland Glauben finden und diese vom Kauf bundesdeutscher Waren abhalten könnte.

Zwei regierungsamtliche Veröffentlichungen wurden diesbezüglich in den letzten Wochen viel zitiert: die Untersuchung über Löhne und Arbeitszeit von Claus F. Hofmann im Augustheft des „Bundesarbeitsblatts“ und eine vergleichende Darstellung der Untersuchungen über „Hochtechnologien und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“, eine Dokumentation des Bundeswirtschaftsministeriums vom Juli 1984.

Das Bundesarbeitsblatt untersucht mehrere Aspekte der Lohnstückkostenentwicklung und der Arbeitszeit, deren Ergebnisse im Titel des Aufsatzes „Gut im Rennen“ zusammengefaßt werden können.

Demnach sind die Lohnstückkosten wechselkursbereinigt zwischen 1980 und 1983 in der BRD um 10 Prozent gesunken, in den meisten anderen Ländern dagegen angestiegen. Interessant ist auch ein Vergleich der tariflichen Arbeitszeiten.

Tarifliche Arbeitszeitregelungen international

	Wochenarbeitszeit ¹	Jahresurlaub ²
BRD	40	5-6
Frankreich	36 -39	5-6
Großbritannien	37,5-40	4-6
Italien	36 -40	4-6
Schweden	37,5-40	5-8
Schweiz	40 -45	3-5
USA	32 -40	2 ³
Japan	42	2-3

¹ In Stunden
² In Wochen
³ Urlaub abhängig von Betriebszugehörigkeit
(Quelle: Bundesarbeitsblatt 7/8, 1984, S. 16)

Demnach gehört die Bundesrepublik zu den Ländern mit den längsten Wochenarbeitszeiten, von einem „Vorpreschen“ in der Arbeitszeitfrage kann keine Rede sein.

So wenig wie die Behauptung von der zu teuren Arbeit den Tatsachen entspricht, so wenig berechtigt ist auch die These, die Bundesrepublik verlöre an internationaler Konkurrenzfähigkeit, insbesondere bei Hochtechnologieprodukten. In der erwähnten Dokumentation der diesbezüglichen Untersuchungen kommt das Bundeswirtschaftsministerium zu dem Schluß: „Die deutsche Industrie scheint sich auf den Weltmärkten behauptet und neue Dynamik entwickelt zu haben“ (Ebd., S. 20).

Trotz des Aufstiegs Japans hat die Bundesrepublik seit 1970 kaum an Weltmarktanteilen verloren; sowohl bei den Industriegütern insgesamt als auch bei Gütern mit hoher Technologie.

Weltmarktanteil beim Handel mit Industriegütern

	1970		1980		1982	
	Insges.	Hochtechn. ¹	Insges.	Hochtechn. ¹	Insges.	Hochtechn. ¹
USA	16,3	27,2	14,2	23,5	15,4	25,4
Japan	10,1	11,0	12,4	14,2	14,7	16,0
BRD	16,9	16,9	16,5	16,1	16,7	15,3

¹ Güter hoher Technologie nach Abgrenzung der OECD
(Quelle: BMWI, Hochtechnologien und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Bonn, Juli 1984)

Bemerkenswert ist, daß die Bundesrepublik 1982 – und dies war ein für die BRD relativ ungünstiges Exportjahr – immer noch der weltweit größte Exporteur von Industriegütern gewesen ist, ein Zustand, der 1983 und 1984 andauert.

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Die Verlangsamung der Konjunktur im ersten Halbjahr 1984, vor allem im zweiten Quartal, hat auch Spuren in der Gewinnentwicklung hinterlassen. Der Anstieg der Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen hat sich deutlich verlangsamt, eine allerdings vorübergehende Erscheinung: Im zweiten Halbjahr 1984 wird sich der Anstieg wieder beschleunigen.

Neben der Konjunkturverlangsamung gibt es für diese Entwicklung noch einen besonderen Grund: Zahlreiche größere Unternehmen hatten die Jahresabschlußzahlungen an die Beschäftigten für 1984 schon in den ersten Monaten des Jahres geleistet, um so die im Rahmen der „Sparkonzepte“ beschlossene Einbeziehung dieser Lohnbestandteile in die Sozialabgabenpflicht zumindest für dieses Jahr zu umgehen. Daher erscheint die Verteilungsrelation im ersten Halbjahr 1984 günstiger, als sie tatsächlich ist.

Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen¹

	1983		1984 ²		1985 ²
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
Brutto	+ 12,3	+ 10,2	+ 1,5	+ 13,0	+ 4,5
Netto	+ 14,7	+ 11,5	+ 1,5	+ 15,0	+ 4,0

¹ Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent
² Vorausschätzung des DIW
(Quelle: DIW-Wochenbericht 28/1984, S. 340)

Für 1985 wird allerdings wieder eine Verlangsamung der Gewinnentwicklung erwartet, eine Folge vor allem der prognostizierten Konjunkturabschwächung. Trotzdem würden auch nach diesen Prognosen 1985 die Unternehmerrereinkommen noch etwas stärker ansteigen als die Löhne und Gehälter.

Bemerkenswert ist, daß sich trotz der günstigen Gewinnlage insgesamt die Zahl der Insolvenzen auf einem hohen Niveau hält. Die Firmenzusammenbrüche im engeren Sinne scheinen sogar wieder zahlreicher zu werden, nachdem sie ab Mitte 1983 zunächst leicht rückläufig gewesen sind. So wurden im ersten Halbjahr 1984 mit 6028 Unternehmenszusammenbrüchen 3,3 Prozent weniger Pleiten registriert als im ersten Halbjahr 1983. Im Juni 1984 aber war die Zahl schon 6,5 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Die Wirtschaftsauskunftei „Schimmelpfeng“ rechnet deshalb für 1984 mit 16200 Firmenzusammenbrüchen, wiederum etwas mehr als 1983 (16100), dem bisherigen Rekordjahr.

Die Monopolkommission unterstreicht in ihrem letzten Hauptgutachten für die Jahre 1980/81 den Zusammenhang zwischen Konzentrationsentwicklung und Krise. In diesen beiden Jahren habe sich der Konzentrationsgrad der Wirtschaft weiter erhöht, in 17 von 33 untersuchten Branchen sei die Konzentrationsmaßzahl (Anteil der größten Unternehmen am Umsatz) in den untersuchten Jahren gestiegen, nur in acht sei sie zurückgegangen.

2.2 Geldvermögen und Zinseinkommen

Einer der zahlreichen Einwände gegen die statistische Größe „Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ als Gewinnindikator bezieht sich auf die Tatsache, daß hier auch Zinsen und Erträge aus Geldvermögen einbezogen werden, die zu einem erheblichen Teil auch Arbeitern und Angestellten zufließen. Die „funktionale“ Einkommensverteilung (Löhne/Gewinne) sei nicht voll identisch mit der „personellen“ Einkommensverteilung (Selbständige/Lohnabhängige). Insofern ist es interessant, den Umfang und die Verteilung von Geldvermögen und entsprechenden Zinseinkommen zu untersuchen.

Geldvermögen der privaten Haushalte¹

	Spareinlagen- briefe	Sonstige Bankeinl.	Bauspark./ Versicher.	Festverz. Wertpapiere ²	Aktien
1970	209,8	64,4	117,6	40,6	52,0
1980	588,7	184,1	358,8	179,5	63,2
1983	692,0	222,7	474,3	265,6	78,7

	Sonst. Forder. ³	Bruttoverm. insgesamt	Konsumenten- schuld	Netto- verm.
1970	32,7	517,1	32,3	484,8
1980	106,8	1481,1	141,2	1340,0
1983	138,4	1871,2	168,6	1702,6

¹ Inkl. private Organisationen ohne Erwerbscharakter, in Mrd. DM
² Einschließlich Geldmarktpapiere
³ Vor allem Ansprüche an betriebliche Pensionsfonds
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 31/1984, S. 379)

Die Geldvermögen der privaten Haushalte haben sich seit 1970 mehr als verdreifacht, nach Abzug der Konsumentenschulden (ohne Wohnungsbaukredite) bleiben 1,7 Billionen DM. Allerdings ist schon hier anzumerken, daß diese Summe einige fiktive Posten enthält. Dazu zählen teilweise die Geldanlagen bei Lebensversicherungen, vor allem aber die Ansprüche gegen betriebliche Pensionsfonds: Letztere sind nicht mobilisierbar und befinden sich tatsächlich in der Verfügung der Unternehmen, nicht der privaten Haushalte.

Die aus diesen Geldvermögen an die Haushalte fließenden Zinsen und Erträge sind ebenfalls stark angestiegen, stärker als die Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen insgesamt.

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte¹

	Insgesamt	Zinsen auf Schulden	Nettovermögenseink.	In Prozent der Unternehmerrereink. ²
1970	23,4	3,3	20,1	11,7
1980	73,3	14,0	59,3	18,7
1983	88,7	18,3	70,4	19,4

¹ Mrd. DM
² Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen
(Quelle: DIW-Wochenbericht 31/1984, S. 380)

Zwar entfällt mit 31 Milliarden DM auch 1983 noch der größte Anteil der privaten Vermögenseinkommen auf Zinsen für Sparguthaben und Sparbriefe, die größte Steigerung seit 1970 aber haben die Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren erfahren: Mit 22,1 Milliarden DM floß den Haushalten 1983 fast zehnmal mehr aus dieser Anlageform zu als 1970.

Die Tatsache, daß der Anteil der privaten Vermögenseinkommen an den gesamten Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen seit 1970 so stark gewachsen ist, illustriert die These vom Anwachsen typischer „Renteneinkommen“, d. h. dem zunehmenden Gewicht parasitärer Einkommensformen. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, daß auch bei den hier nicht untersuchten Gewinnen der Unternehmen die zinsbestimmten Anteile zunehmen.

Der Tatbestand, daß in zunehmendem Maße auch Arbeiter und Angestellte über Geldvermögen – meist in Form von Sparguthaben – verfügen, spiegelt sich auch in der Verteilung der Vermögenseinkommen wider.

Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen

	Selbständige ¹		Angestellte		Beamte	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
1970	8,4	5700	4,3	1000	1,3	1000
1980	22,5	15800	17,2	3000	4,4	3000
1983	27,6	19400	21,2	3600	5,3	3600

	Arbeiter		Rentner ²		Insgesamt ³	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
1970	4,0	600	2,8	500	22,1	1000
1980	11,4	1800	10,6	1300	69,6	2900
1983	13,7	2100	12,5	1500	84,2	3400

(1) Insgesamt, in Mrd. DM (2) Je Haushalt, in DM
¹ Ohne Selbständige in der Landwirtschaft
² Ohne Versorgungsempfänger im öffentlichen Dienst
³ Ohne Anstaltsbevölkerung und ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck
(Quelle: DIW-Wochenbericht 31/1984, S. 382)

Von den Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in Höhe von 84,2 Milliarden DM (die Zinsen auf Konsumentenschulden sind hier nicht abgezogen) entfallen knapp 29 Milliarden (= 34 Prozent) auf die Selbständigenhaushalte (inklusive Landwirte). Ihr Anteil ist seit 1970 deutlich zurückgegangen, während der Anteil der Angestellten, Arbeiter und Beamten auf fast 48 Prozent angestiegen ist (1970 = 43 Prozent). Trotzdem sind es allein die Selbständigenhaushalte, in deren Budget die Geldvermögenseinkommen eine bedeutende Rolle spielen. Der relative Rückgang bei den Selbständigenhaushalten hängt vor allem damit zusammen, daß dort vermehrt Sachvermögen gebildet wurden.

Allerdings wird in dieser Tabelle durch die Nichtberücksichtigung der Zinsen auf Konsumentenschulden das Bild verzerrt: Während sich die Zinseinnahmen demnach zwischen 1970 und 1983 fast vervierfacht haben, sind die Zinsen auf Konsumentenschulden im gleichen Zeitraum annähernd um das Sechsfache gestiegen. Da davon ausgegangen werden kann, daß diese Zinslast vor allem von Arbeiterhaushalten und den unteren Einkommensgruppen bei den Angestellten und Beamten getragen werden muß, korrigiert sich das Bild doch erheblich: Immerhin müssen die Haushalte im Durchschnitt etwa 700 DM an Zinsen auf Konsumentenschulden zahlen, die Arbeiterhaushalte dürften sicherlich über diesem Durchschnitt liegen. Speziell in dieser Haushaltsgruppe dürfte also nach wie vor per saldo kaum ein nennenswertes Zinseinkommen zu registrieren sein.

2.3 Steuerpflichtige Vermögen

Alle drei Jahre erhebt das Statistische Bundesamt zu steuerlichen Zwecken das steuerpflichtige Gesamtvermögen. Da alle Vermögen ab einer bestimmten Größe (20000 DM) vermögenssteuerpflichtig sind, sollte man meinen, daß diese Statistik einen gewissen Überblick über Umfang, Entwicklung und Verteilung der Vermögen gibt. Dies ist nicht der Fall. Zahlreiche Freibeträge und Ausnahmeregelungen, die starke Unterbewertung von Grund- und Betriebsvermögen und die schlichte Steuerhinterziehung schränken die Aussagekraft dieser Statistik stark ein. So wurde für 1980 ein steuerpflichtiges Gesamtvermögen in Höhe von 731 Milliarden DM ermittelt – in der Übersicht über die Geldvermögen wird allein in dieser Anlageform eine Summe von 1481 Milliarden DM ausgewiesen. Die Steuerstatistik erfaßt also nur einen Bruchteil der tatsächlichen Vermögen.

Trotzdem spielt diese Statistik eine gewisse Rolle, vor allem weil die Vermögen hier nach Größenklassen gegliedert werden. Erfaßt werden die Vermögen natürlicher und juristischer Personen, wobei letztere Körperschaften, Gesellschaften usw. sind. Teilweise kommt es also zu Doppelzählungen – wenn sowohl der Aktienanteil einer Gesellschaft als Vermögen natürlicher Personen als auch das Vermögen der Gesellschaft selbst als das „nicht natürlicher Personen“ gezählt werden. Ausnahmeregelungen wie das „Schachtelprivileg“ schränken solche Doppelzählungen aber ein. Schulden werden grundsätzlich abgezogen, so daß zahlreiche Gesellschaften ein negatives Betriebsvermögen ausweisen. Hier soll nur das unbeschränkt steuerpflichtige Vermögen (also Vermögen über 70000 DM) der natürlichen Personen untersucht werden.

Steuerpflichtiges Vermögen nach Größenklassen 1980

	Steuerpflichtige		Gesamtvermögen	
	In 1000	Anteile in %	In Mio. DM	Anteile in %
Unter 100 000 DM	23	4,2	2029	0,5
100 000–500 000 DM	368	65,2	98 812	25,5
500 000–1 Mio. DM	104	18,5	71 534	18,4
1 Mio.–5 Mio. DM	60	10,6	111 522	28,7
5 Mio.–10 Mio. DM	5	0,8	32 487	8,4
Über 10 Mio. DM	3	0,5	72 060	18,6
Insgesamt	562	100	388 456	100

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/1984, S. 539)

Es wurden 1980 etwa 562 000 „natürliche“ Personen unbeschränkt vermögensbesteuert, knapp 60 000 mehr als im Jahre 1977. Das besteuerte Gesamtvermögen dieser Personen lag bei 388,5 Milliarden DM, etwa 70 Milliarden mehr als 1977. Die in der öffentlichen Diskussion manchmal erwähnte Zahl der Vermögensmillionäre belief sich auf 67 500, 11 000 mehr als 1977.

Allerdings verfügten diese Millionäre über 55 Prozent des gesamten steuerpflichtigen Vermögens.

Tatsächlich ist die Zahl der Vermögensmillionäre und vor allem deren Vermögen viel größer als hier ausgewiesen, vor allem Grund- und Betriebsvermögen wird nur zu Bruchteilen überhaupt erfaßt.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die bisher bekannten Tarifabschlüsse, vor allem diejenigen in der Metall- und Druckindustrie, haben für 1984 außerordentlich niedrige Lohnverbesserungen gebracht. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung errechnet für den Metallabschluß eine jahresdurchschnittliche tarifliche Einkommensverbesserung um 2,7 Prozent, für die Druckindustrie (ohne Lohnstrukturverbesserungen) um 2,9 Prozent.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1983				1984	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
+3,8	+3,2	+3,0	+3,0	+2,7	+2,4

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Trotz dieser sehr niedrigen Tarifierhebungen errechnet sich für die effektive Lohn- und -gehaltsentwicklung ein etwas besseres Ergebnis als in den Vorjahren: dabei ist die erwähnte Verzerrung durch die vorgezogenen Jahresabschlußzahlungen zu berücksichtigen, aber auch der Rückgang der Kurzarbeit und der Anstieg der Überstunden spielen eine Rolle.

Reallohnentwicklung¹

	1983		1984 ²	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+0,8	+1,9	+4,5	+4,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	–0,1	+0,8	+3,5	+2,5
Je Beschäftigten	+2,3	+2,4	+4,0	+2,5
Inflationsrate	+3,3	+2,9	+3,0	+2,5
Realeinkommen je Beschäftigten	–1,0	–0,5	+1,0	0,0

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

² Schätzung des Ifo-Instituts
(DIW-Wochenbericht 28/84, S. 340)

Demnach errechnet sich für 1984 erstmals seit 1979 kein realer Rückgang der Löhne und Gehälter je Beschäftigten. Nach der gleichen Prognose sollen die so berechneten Reallohne und -gehälter auch 1985 weiter stagnieren. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen,

daß die Arbeitsproduktivität 1984 um etwa 3,5 Prozent ansteigen soll, weit stärker als in den Vorjahren.

Trotzdem wird sich die Einkommenslage der Abhängigenhaushalte und deren Kaufkraft auch 1984/85 weiter leicht verschlechtern: denn die Sozialeinkommen (Renten, Kindergeld, Arbeitslosenunterstützungen) werden in beiden Jahren voraussichtlich nur um zwei Prozent zunehmen, real also sinken.

3.2 Verfügbare Einkommen

Bei einer Analyse der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten darf nicht nur die Entwicklung der Arbeitseinkommen untersucht werden, obwohl diese natürlich immer noch ganz überwiegend das Einkommensbudget dieser Haushalte bestimmen. Aber neben diesen spielen Sozialeinkommen und – wie oben gezeigt – in gewissem Umfang auch Vermögenseinkommen eine Rolle.

Umgekehrt, dies darf ebenfalls nicht vergessen werden, fließen den Selbständigenhaushalten ebenfalls in erheblichem Umfang Einkommensbestandteile zu, die in der Verteilungsstatistik als Arbeitseinkommen firmieren. Mit der Kategorie der „verfügbaren Einkommen“ wird von der Statistik versucht, eine Art „personelle Einkommensverteilung“ zu erfassen, d.h. die Verteilung der Einkommen nach Haushaltsgruppen, unabhängig von der Einkommensquelle, darzustellen. Das verfügbare Einkommen entspricht weitgehend den Nettoeinkommen der Haushalte.

Verfügbare Einkommen nach Haushaltsgruppen pro Kopf¹

	Alle Haushalte	Selbständigenhaushalte	Arbeitnehmerhaushalte	Arbeitslosenhaushalte	Rentnerhaushalte
1970	7 056	9 712	6 580	4 182	6 487
1975	10 973	17 656	9 734	6 339	10 949
1980	15 544	27 585	13 662	8 553	14 863
1981	16 380	30 247	14 286	8 779	15 776
1982	16 795	30 982	14 727	8 853	16 266
1983	17 228	32 291	15 167	8 835	16 563

¹ Jahreseinkommen in DM
(Quelle: DIW-Wochenbericht 31/1984, S. 386)

Es wird aus dieser Tabelle vor allem deutlich, wie stark sich die Einkommensschere zwischen den Selbständigenhaushalten und den Arbeitnehmerhaushalten seit 1970 geöffnet hat: stiegen die Prokopfeinkommen in Haushalten von Angestellten, Beamten und Arbeitern zwischen 1970 und 1983 nominal um 130 Prozent, so erhöhten sie sich in Selbständigenhaushalten um 235 Prozent. Verfügt man bei den Selbständigen 1970 durchschnittlich um knapp 50 Prozent mehr als bei den „Arbeitnehmern“, so war es 1983 mehr als doppelt so viel. Seit 1980 konnten lediglich die Selbständigenhaushalte ihre realen verfügbaren Einkommen erhöhen. Während die Verbraucherpreise zwischen 1980 und 1983 um 15,6 Prozent stiegen, erhöhten sich die verfügbaren Einkommen je Haushaltsmitglied bei den Selbständigen um 17,1 Prozent. Bei den Lohnabhängigen stiegen sie nur um 10,2 Prozent, bei den Arbeitslosen um 3,3 Prozent und bei den Rentnern um 11,4 Prozent.

3.3 Preise

Die Preisentwicklung steht immer noch unter dem Druck der schwachen Konjunktur, eines starken Angebotsdrucks im Einzelhandel und sie profitiert von den rückläufigen Weltmarktpreisen.

Lebenshaltung 1984¹

	Veränderung in % gegenüber	
	Vormonat	Vorjahr
Januar	+0,4	+2,7
Februar	+0,3	+2,9
März	+0,1	+3,1
April	+0,2	+3,0
Mai	+0,1	+2,8
Juni	+0,3	+2,8
Juli	–0,2	+2,2

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.)

Der günstige Juliwert ist allerdings weitgehend eine Folge des statistischen „Basiseffekts“: Mitte 1983 war die Mehrwertsteuer angehoben worden und hatte die Preise nach oben getrieben. Dieser Preissprung hat Mitte 1984 nicht stattgefunden, so daß im Jahresvergleich ein Rückgang der Preissteigerungsrate ausgewiesen wird. Allerdings bleiben die Auftriebendenzen gering, sie haben sich seit dem Frühjahr nicht weiter verstärkt. Relativ günstig entwickeln sich bis jetzt die Lebensmittelpreise, vor allem die Fleischpreise. Dagegen steigen die Mieten nach wie vor deutlich rascher als die allgemeinen Lebenshaltungspreise.

Die Entwicklung anderer Preisindizes zeigt, daß es keinen Trend zur Preisberuhigung gibt, das Inflationstempo bleibt in etwa gleich.

Ausgewählte Preisindizes 1984

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+0,6	+2,3	–2,3	–1,5	+1,4	+5,8	+0,7	+3,4
Februar	+0,2	+2,6	+2,8	+1,9	–0,7	+5,5	+0,7	+4,9
März	+0,2	+3,1	+1,0	+3,2	–0,7	+6,1	–0,1	+5,4
April	+0,4	+3,1	–1,6	+3,1	+0,6	+6,6	+0,4	+4,9
Mai	+0,2	+3,2	–2,7	+1,0	+1,6	+7,9	–0,2	+4,1
Juni	+0,1	+3,0	+1,3	+1,4	–0,2	+6,6	+0,8	+4,2
Juli	+0,3	+3,2	–	–	+0,3	+6,1	–0,9	+3,8

(1) In % gegenüber dem Vormonat

(2) In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Wenig stabilisierend wirkt seit einiger Zeit die Entwicklung der Importpreise. Verantwortlich dafür ist in erster Linie der starke Anstieg des Dollar-Kurses – nach wie vor werden die meisten Rohstoffe in Dollar fakturiert.

Entlastend wirkt dagegen die Situation auf den Rohstoffmärkten selbst.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	HWWA-Index ²	
		Ohne Energie	Mit Energie
1973	–	90	52
1974	–	117	104
1978	119	113	116
1980	164	157	226
1981	175	136	241
1982	162	118	229
1983	192	123	209
1984	–	–	–
Jan.	219	129	206
Febr.	212	129	206
März	210	132	208
April	216	131	208
Mai	226	131	207
Juni	218	129	207
Juli	–	124	205

¹ Auf DM-Basis, Index 1972 = 100 erst ab Oktober 1978 berechnet

² Auf Dollar-Basis, Index 1975 = 100

(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 13. 7. 84)

Neuerdings hat auch der Druck auf die Rohölpreise wieder zugenommen, verschiedentlich wird für die nächste Zeit sogar ein erneuter Rückgang der offiziellen OPEC-Preise erwartet. Die „Spotpreise“ auf den Ölmärkten, vor allem in Rotterdam, liegen seit einigen Monaten deutlich unter den OPEC-Preisen. Vor einigen Jahren noch konnten die dort gehandelten Mengen vernachlässigt werden, inzwischen aber schätzt die Deutsche Shell AG, daß bis zu 30 Prozent der verkauften Mengen über den „Spotmarkt“, also zu stark schwankenden Preisen, gehandelt werden.

Insgesamt sind die Rohstoffpreise zur Zeit, Anfang August, auf Dollarbasis um etwa acht Prozent niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Die Prognosen der Institute erwarten für die zweite Jahreshälfte Preisanhebungen um durchschnittlich 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr, ein Wert, der wiederum etwas optimistisch ist. Insgesamt aber halten sich die Preisanhebungen in den Dimensionen des ersten Halbjahres.

3.4 Arbeitskampf 1984

Die Tarifaueinandersetzungen im ersten Halbjahr 1984 waren durch den Konflikt um Arbeitszeitverkürzungen geprägt. Acht Gewerkschaften (IGM, IG Druck, HBV, GHK, ÖTV, GdED, DPG und GEW) hatten für die Tarifrunde '84 die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gestellt. Dies betrifft insgesamt 9,5 Millionen Beschäftigte.

In der Druck- und Metallindustrie war es schon im Frühjahr aufgrund der Tabupolitik der Unternehmerverbände zu einer Zuspitzung gekommen, die zu umfangreichen Warnstreiks und schließlich zur Einleitung von Urabstimmungen in beiden Branchen führte. Entgegen allen demoskopischen Umfrageergebnissen und gegen eine intensive ideologische Kampagne der Unternehmer und der sie stützenden Regierung bewiesen die Resultate der Urabstimmung (Metall: ca. 80 – 81 Prozent, Druck: 83,5 Prozent der Arbeiter, 76,4 Prozent der Angestellten im Durchschnitt) die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften in einer durch die politische Lage und Krise komplizierten Situation. Die Streiks begannen Mitte April in der Druck- und Mitte Mai in der Metallindustrie.

Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche sprengte in mehrerer Hinsicht bisherige Maßstäbe: Er war mit über 13 Wochen Dauer der längste Streik in der Druckindustrie und mit 6 bis 7 Wochen einer der längsten in der Metallindustrie der Nachkriegszeit. Überdies streikte die IG Metall erstmals parallel in zwei Tarifbezirken, darunter seit 1951 erstmals wieder in Hessen. Neu ist auch die Dimension der bundesweiten Solidaritätsaktionen anderer DGB-Gewerkschaften, vor allem der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und der HBV. Den Höhepunkt bildete der „Marsch auf Bonn“ am 28. Mai gegen den „Franke-Erlaß“ mit etwa 250 000 Beteiligten.

Die IG Druck und Papier führte den Arbeitskampf in der Form von Wechselstreiks, in die gleichzeitig bis zu 20 000 und vom 12. April bis zum 7. Juli insgesamt 46 000 Mitglieder einbezogen waren, also die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder in der Druckindustrie. In der Metallindustrie streikten von Mitte Mai bis Anfang Juli in beiden Bezirken bis zu 58 000; gleichzeitig waren 155 000 ausgesperrt und 310 000 von der kalten Aussperrung (durch Produktionsstillegungen) betroffen.

Gegen die Aussperrungen kam es zu offensiveren Reaktionsformen als in früheren Konflikten. Bei der Fa. Filter-Knecht in Baden-Württemberg wurde mehrere Tage der Betrieb besetzt; im Falle Werner & Pfleiderer in Dinkelsbühl reichte die Ankündigung einer Besetzung, um eine Aufhebung der Aussperrung zu erreichen. In vielen Aussperrungsbetrieben wurde offensiv die Arbeitskraft angeboten und dieser Schritt z. T. mit „alternativen Betriebsbesichtigungen“ verbunden: Aufgrund der Streiktaktik der IG Druck und Papier und des noch höheren politischen Risikos konnten die Unternehmer in der Druckindustrie überhaupt keine Aussperrung durchsetzen.

Auch wenn es in der bundesdeutschen Arbeitskampfgeschichte noch längere Streiks (Metallerstreik in Schleswig-Holstein über 16 Wochen 1956/57) gegeben hat oder die Zahl der Beteiligten durch Streik und Aussperrung ähnlich hoch war (Metallerstreik 1963 und 1971: jeweils ca. 350 000; Drucker- und Metallerstreik 1978: 370 000), ist das Gesamtpotential der in diesem Arbeitskampf Aktivierten weitaus größer. Der Konflikt der Klassen gewann nicht nur stellvertretend, sondern in Ansätzen real eine nationale Dimension, so daß zu Recht von einer der „größten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik“ (Steinkühler) gesprochen werden kann. Nicht nur der Blick in die Geschichte sondern auch in das westeuropäische Ausland weist auf die außerordentlich komplizierten Ausgangsbedingungen, angesichts derer Länge, Geschlossenheit und Stabilität der Streikfront beachtlich sind. Dies gilt vor allem auch unter Berücksichtigung

sichtigung der Härte, mit der die Kapitalverbände mit Unterstützung und Ermunterung durch die Rechtsregierung den Kampf führten, in dessen Verlauf ein für bundesdeutsche Verhältnisse bisher neues Ausmaß an Terroranschlägen auf Streikende, Polizeieinsätze und antigewerkschaftlicher Medienhetze zu registrieren war.

Die „Lösung“ des Tarifkonflikts erfolgte innerhalb eines Schlichtungsverfahrens in der Metallindustrie unter Vorsitz von Georg Leber. In der Druckindustrie konnte nach einer weiteren Streikwoche der „Pferdefuß“ des Leber-Modells – das Zugeständnis individueller Arbeitszeitflexibilisierung – verhindert werden.

Die als Ergebnis des Arbeitskampfes erzielten Tarifabschlüsse in der Metall- und Druckindustrie enthalten neben die Realeinkommen nicht sichernden Einkommenserhöhungen mit langer Laufzeit, einer Verbesserung der Lohnstruktur (Druck) und der Möglichkeit zum Abschluß einer Vorruhestandsregelung (Metall) im wesentlichen zwei Komponenten: die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 1,5 auf 38,5 Stunden und die Möglichkeit zur Arbeitszeitflexibilisierung in unterschiedlichem Ausmaß.

Die Reduzierung der Wochenarbeitszeit ab April 1985 stellt einen Erfolg dar, auch wenn kein Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden konnte. Das 40-Stunden-Tabu der Unternehmerverbände wurde damit gebrochen, allerdings um den Preis z. T. weitreichender Flexibilisierungsmöglichkeiten, die in der Metallindustrie größer sind als in der Druckindustrie und in den Tarifverträgen für die Stahl-, Holz- und kunststoffverarbeitende Industrie, das Volkswagenwerk und die Deutsche Lufthansa. Während in der Druckindustrie die bisher schon vorhandenen zeitlichen Flexibilisierungsmöglichkeiten bei nunmehr allerdings generell verkürzter Arbeitszeit in den neuen Tarifvertrag übernommen wurden, kann in der Metallindustrie die Arbeitszeit künftig nicht nur zeitlich, sondern auch individuell oder gruppenspezifisch zwischen 37 und 40 Stunden variiert werden.

Der Abschluß des Metall-Tarifvertrags auf der Basis der Vorschläge Georg Lebers stellt demnach einen Einbruch in das bisherige Tarifvertragssystem dar, indem er die Möglichkeit individuell oder gruppenspezifisch unterschiedlicher Arbeitszeiten fixiert und so den vereinheitlichenden Charakter tariflicher Regelungen und damit die Schutzfunktion von Tarifverträgen tendenziell aushöhlt. Diese Gefahr darf nicht unterschätzt werden, ihre perspektivischen Auswirkungen lassen sich noch nicht abschätzen.

Wie die mit dem Tarifvertrag geschaffenen neuen Flexibilisierungsspielräume von den Unternehmern in der Praxis genutzt werden können, hängt wesentlich vom Widerstandspotential der Belegschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte ab. Somit könnte sich die Regelung für die Unternehmer letztlich lediglich als **Teilerfolg** erweisen, nicht aber als der „große Durchbruch“. Denn weder entspricht der Tarifvertrag den ursprünglichen Absichten der Unternehmer (Jahresarbeitszeitverträge, tarifliche Legitimierung von Teilzeitarbeit und Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze), noch konnten sie einen **bedeutenden** Spielraum für die Differenzierung der Arbeitszeiten durchsetzen. Zudem ergibt sich aus den Regelungen ein Zuwachs von Mitbestimmungs- und Kontrollrechten der Betriebsräte bei der Überwachung der zu vereinbarenden individuellen vertraglichen Arbeitszeiten. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß bei extensiver Nutzung der neuen Flexibilisierungsmöglichkeiten die Unternehmer Neueinstellungen in größerem Umfang verhindern und erhebliche Spannungen in die Belegschaften tragen können, die sich u. a. aus langfristig entstehenden Einkommensdifferenzierungen aufgrund unterschiedlicher Arbeitszeiten ergeben könnten. Die aus einer Fülle unterschiedlicher individueller Arbeitszeiten möglicherweise erwachsende Gefahr der Einführung oder Erweiterung EDV-gestützter Zeiterfassungs- und Kontrollsysteme muß beachtet werden. Ein weiteres Problem stellt die durch den Abschluß forcierte Verlagerung der Regelungskompetenzen vom Tarifvertrag auf die Betriebsvereinbarung, und damit von der gewerkschaftlichen Tarifpolitik auf die Ebene der Betriebspolitik dar.

Den aus dieser Entwicklung resultierenden negativen Konsequenzen kann durch die Weiterentwicklung betriebs- d. h. auch beschäftigtenaher Ansätze der Gewerkschaftspolitik, die Aktivierung der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit und die stärke-

re Einbindung der Betriebsräte in die Gewerkschaftsarbeit entgegengewirkt werden. Die Notwendigkeit hierzu wird von der IG Metall gesehen. Ihr unmittelbar nach dem Tarifabschluß erarbeitetes „Umsetzungsprogramm“ sieht vor, daß noch im Herbst 1984 umfangreiche Schulungsmaßnahmen für Betriebsräte und Vertrauensleute über die Risiken und Chancen des neuen Tarifvertrages durchgeführt werden, wobei neben Auslegungsfragen auch Strategien zur beschäftigungswirksamen Realisierung der 38,5-Stunden-Woche auf der betrieblichen Ebene diskutiert werden sollen. Erst nach erfolgter Schulung sollen dann in Absprache mit der Gewerkschaft Betriebsvereinbarungen zur Wochenarbeitszeitverkürzung abgeschlossen werden. Die Umsetzung des Tarifvertrages wird demnach konzeptionell durchaus in einen Rahmen aktiver Betriebspolitik gestellt, die sich zum Ziel setzt, die 38,5-Stunden-Woche zu verallgemeinern. Gelingt dies auf breiterer Front (die Tarifverträge bei VW und der sogar die 38-Stunden-Woche enthaltende Tarifvertrag in der Stahlindustrie, die beide keinerlei individuelle Flexibilisierung im Sinne unterschiedlicher Wochenarbeitszeiten enthalten, zeigen, daß dies prinzipiell möglich ist), dann könnte ein gewerkschaftlicher Kompetenz- und Funktionsverlust zumindest teilweise kompensiert werden.

Profiteure der 35-Stunden-Bewegung waren mehrere Gewerkschaften, die mit ihrer Forderung nach einer Tarifrrente im Zusammenspiel mit entsprechenden Regierungsmanövern (Bundesarbeitsminister Blüm) den Kampf sabotiert hatten. Diese Gewerkschaften (darunter NGG, GTB, IG Bergbau und BSE) konnten im Gefolge des Arbeitszeitkampfes für insgesamt 5,3 Millionen Beschäftigte (inklusive Metallindustrie, in der dies auch noch „abfiel“) Vorruhestandsregelungen abschließen.

Der spezifisch politische Charakter des Arbeitskampfes resultierte aus der Situation, daß der Arbeitszeitkonflikt von den Unternehmen und der Regierung zum Test für die Durchsetzungsfähigkeit der konservativen Strategie gemacht worden war. Ziel dieser konservativen Konzeption war eine Neuordnung des Systems der Klassenbeziehungen, in dem die gewerkschaftliche Gegenmacht deutlich geschwächt wäre. Wie die Entwicklung der Positionen im Arbeitskampf selbst zeigte, besaß die Aufrechterhaltung des 40-Stunden-Tabus für den Erfolg oder Mißerfolg dieser strategischen Zielsetzung politische Symbolkraft. Im eindeutigen Scheitern dieses Ziels liegt die über die aktuelle Situation und die materiellen Ergebnisse weit hinausreichende Bedeutung des Kampfes. Durch die auch im aktuellen westeuropäischen Vergleich herausragende Demonstration der autonomen Handlungsfähigkeit einer Gewerkschaftsbewegung in einer komplizierten Situation werden damit Grenzen der konservativen Hegemonie sichtbar. Auch wenn die politische Landschaft der BRD nicht unmittelbar verändert wurde, muß die herrschende Klasse die Arbeiterbewegung als Gegenmachtfaktor zur „Wendepolitik“ nach diesem Arbeitskampf ernst nehmen, als sie es vorher zu tun bereit gewesen war.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Nach den vorliegenden korrigierten Ziffern über die Beschäftigungsentwicklung wird deutlich, daß die Beschäftigungsziffern in saisonbereinigter Betrachtung immer noch rückläufig sind. Die nun immerhin schon sechs Quartale dauernde konjunkturelle Belebung hat bis jetzt nicht ausgereicht, um den Beschäftigungsrückgang zumindest zu stoppen.

Beschäftigung¹

	Abhängig Beschäftigte
1. Vj. 83	21987
2. Vj. 83	21905
3. Vj. 83	21854
4. Vj. 83	21851
1. Vj. 84	21839
2. Vj. 84	21797

¹ In 1000, saisonbereinigte Angaben
(Quelle: DIW-Wochenbericht 33/84)

Im Jahresdurchschnitt 1984 wird daher die Beschäftigtenzahl nochmals leicht unter dem Ergebnis von 1983 liegen. Für 1985 wird ins-

gesamt mit einer Stagnation der Beschäftigung gerechnet. Infolgedessen wird die Arbeitslosigkeit 1984 höher ausfallen als ursprünglich angenommen.

Arbeitsmarktbilanz¹

	1981	1982	1983	1984 ²	1985 ²
Erwerbspersonenpotential	28070	28355	28510	28580	28580
Erwerbstätige, darunter:	26050	25570	25125	25050	25100
Abhängig Beschäftigte	22795	22335	21900	21825	21875
Arbeitslose, darunter:	2020	2785	3385	3530	3480
Registrierte Arbeitslose	1270	1835	2260	2260	2230
Stille Reserve	750	950	1125	1270	1250

¹ In 1000 Personen
² Vorausschätzung des Ifo-Instituts
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur 7/1984, A9)

Demnach gibt es zur Zeit etwa 3,5 Millionen Arbeitslose. Bezogen auf das Erwerbspersonenpotential, d. h. das vorhandene und bei entsprechenden Möglichkeiten ausschöpfbare Potential an Arbeitskräften errechnet sich eine Arbeitslosenquote von 12,4 Prozent.

Die relativ optimistische Vorausschätzung für 1985 basiert auf der Annahme, daß die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen 1984/85 deutlich zurückgeht: Demnach würden 1985 nur noch 2110000 ausländische Erwerbspersonen Arbeit nachfragen, 140000 weniger als 1983. Dies ist allerdings eine relativ „optimistische“ Erwartung, die mit großen Risiken behaftet ist.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt auf der Grundlage eigener Rechnungen dagegen zu dem Ergebnis, daß das Erwerbspersonenpotential bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre noch zunehmen wird. Demnach würden selbst 1990 noch 200000 Personen mehr zum Erwerbspotential gehören als 1983. Nach dieser längerfristig angelegten Vorausschätzung wird die Arbeitslosigkeit auch 1990 noch bei 3,4 Millionen liegen, etwas höher als 1983. Ausgegangen wird dabei von der Annahme, daß das wirtschaftliche Wachstumstempo zwischen 1984 und 1990 bei jährlich 1,9 Prozent liegen wird, deutlich höher als im Zeitraum 1978/83, als nur 1,1 Prozent erreicht worden waren. Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen wird demnach ebenfalls wieder etwas rascher zunehmen als in der Vorperiode, jahresdurchschnittlich um 1,8 Prozent gegenüber 1,6 Prozent. Dabei ist bereits ein Rückgang der individuellen Arbeitszeit um jahresdurchschnittlich ein Prozent einkalkuliert – immerhin doppelt soviel wie zwischen 1978 und 1983.

Natürlich ist eine solche mittelfristige Vorausschätzung mit derart vielen Unsicherheiten behaftet, daß sie nicht als realistische Prognose angesehen werden kann. So würde z. B. eine Abweichung in der Produktivitätsentwicklung um nur ein halbes Prozent nach oben oder unten die Beschäftigung für 1990 um rund 700000 Personen nach oben oder unten verändern.

Immerhin aber wird deutlich, wie unter selbst relativ günstigen Annahmen – einer tendenziellen Wachstumsbeschleunigung, größeren Schritten bei der Arbeitszeitverkürzung, einer relativ geringen Produktivitätsbeschleunigung und wirksamen Maßnahmen der Vorruhestandsregelung – die Arbeitslosigkeit anhaltend hoch bleiben soll.

Sie wird zumindest in ähnlicher Höhe wie jetzt das Bild auch in den nächsten fünf Jahren bestimmen. Kommt es aber ab Ende 1985 wieder zu einer neuen zyklischen Krise – nicht wenige Anzeichen deuten darauf hin –, so beginnt diese bei einem Ausgangsniveau von dreieinhalb Millionen Arbeitslosen.

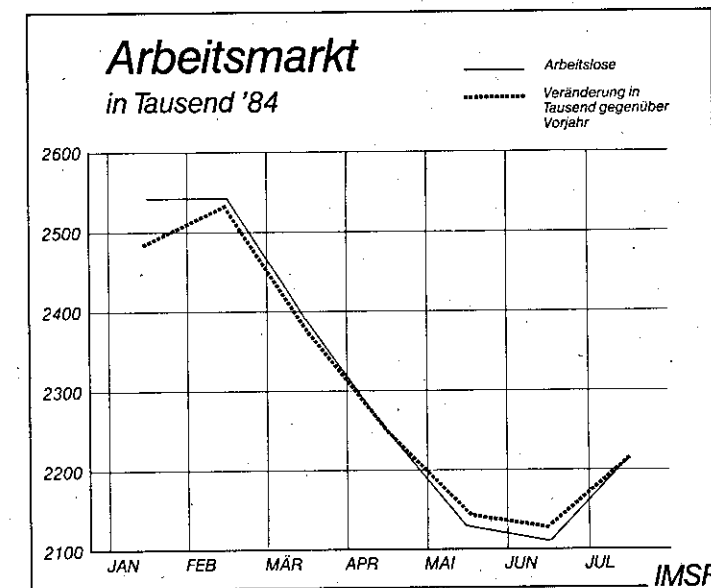
Aktuell ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt durch einen weiteren Anstieg der registrierten Arbeitslosenzahlen gekennzeichnet.

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Jan.	2539	+ 52	566	- 626	70	+ 8
Febr.	2537	+ 1	644	- 504	80	+ 11
März	2393	+ 7	618	- 405	93	+ 11
April	2253	± 0	489	- 275	94	+ 12
Mai	2133	- 16	388	- 251	97	+ 11
Juni	2113	- 14	338	- 157	99	+ 13
Juli	2202	± 0	262	- 173	99	+ 16

(1) In 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

In den ersten sieben Monaten von 1984 ist das Vorjahresniveau immer noch leicht überschritten. Die saisonbereinigten Ziffern steigen seit Februar 1984 wieder an, nachdem es im Herbst 1983 gelungen war, durch zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und eine „Karteibereinigung“ in der Statistik die Ziffern etwas zu drücken. Inzwischen ist der Höchststand vom Sommer 1983 auch bei den saisonbereinigten Zahlen wieder erreicht.



Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus.
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 20. 8. 1984. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM. Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

Neuerscheinungen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) · Frankfurt/Main



Jörg Goldberg, Angelina Sörgel GRÜN-ALTERNATIVE WIRTSCHAFTS- KONZEPTIONEN ANALYSE UND KRITIK

IMSF-Informationsbericht Nr. 37
87 Seiten, 9,80 DM

Fragen der Wirtschaftspolitik lassen scharf die unterschiedlichen Linien und Interessen im Spektrum grün-alternativer Bewegungen und Debatten hervortreten; sie zwingen, Farbe zu bekennen. Der Bericht arbeitet mit umfänglichen Belegen die wesentlichen Argumentationsstränge und ihre Hauptvarianten heraus und liefert so eine Einführung in grün-alternative Konzepte zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Gleichzeitig nehmen die Autoren aus marxistischer Sicht, mit theoretischen und historisch-empirischen Argumenten kritisch zu den dargelegten Thesen Stellung. Denn je mehr es in der praktischen Politik Ansätze zur gemeinsamen Aktion von marxistischen und grün-alternativen Kräften gibt, desto wichtiger wird die sachliche theoretisch-ideologische Positionsbestimmung, die das Herausarbeiten von Annäherungen einschließt.



Kaspar Maase LEBENSWEISE DER LOHNARBEITER IN DER FREIZEIT

Empirische Materialien und theoretische Analyse.

IMSF-Informationsbericht Nr. 38

300 Seiten mit 151 Tabellen
und Schaubildern,
umfangreiches Literaturverzeichnis,
broschiert, 24,- DM

Wie verbringen Arbeiter, Angestellte, Beamte ihre Freizeit? Welche Bedürfnisse und Wünsche haben sie? Warum bleiben sie weitgehend vom Reichtum der Kultur ausgeschlossen – und wo entwickeln sie sich als individuelle Persönlichkeiten wie als Klasse?

Die Studie erörtert umfangreiches Datenmaterial zu wesentlichen Tätigkeitsfeldern: passive Erholung, Hausarbeiten, Kommunikation, Nachbarschaft, Vereine, Interessenvertretung, Häuslichkeit, Sport, Urlaub, Kunst und Medien, Weiterbildung, Hobbys.

Interessenvertretendes Engagement v. a. im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich erweist sich als Schlüssel zur Erweiterung der subjektiven Kultur der Lohnarbeiter.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main